

TRANSPARENT

Informationen der SP Stadt Solothurn – Nr. 4 – September 2022

Editorial

Wir sind ready!

Liebe Genoss*innen

In der Parteienwelt ist eine gewisse Nervosität spürbar. Alle Parteien versuchen sich optimal zu positionieren und ihre Themen auf die nationale Agenda zu setzen. Man merkt, dass die nationalen Wahlen näher rücken.

Krieg, Waffenlieferungen, Strom- und Gasknappheit sind wegen des Krieges in der Ukraine im Moment die grossen Themen.

Der Fachkräftemangel (oder ist es die Altersdiskriminierung, ungenügende Kinderbetreuungsplätze und unattraktive Arbeitsplätze?), die Inflation und der Klimawandel stehen im Türrahmen und werden wohl auch mitmischen.

Eine explosive Ausgangslage in der gutplazierte und durchdachten Kritik am hemmungslosen Kapitalismus durchaus auf fruchtbaren Boden fallen kann.

Machen wir uns also bereit. Die Vorbereitungen laufen im Hintergrund auf Hochtouren. Und für ein gutes Ergebnis wird es uns alle brauchen, als Kandidaten, als Support, als Ideengeber u.s.w.

Ich freue mich darauf mit euch die Welt zu verändern! Machen wir die Welt menschlicher, freundlicher und gerechter! Zumindest soweit wir können.

Liebe Grüsse
Pierric



Foto: Gerd Müller

Einladung zur Parteiversammlung

**Mittwoch, 21. September 2022, 19.30 Uhr, im
Restaurant Kreuz**

Traktanden

1. Begrüssung
2. Protokolle der letzten Parteiversammlungen
3. Mutationen
4. Aus dem Gemeinderat
6. Aus dem Kantonsrat
7. Zukunftsinitiative der JUSO
8. Verschiedenes
9. Weitwohnen

Wir freuen uns auf euch und auf spannende Diskussionen!

HINTERGRUND

„Initiative für eine Zukunft“
von Andri Meyer, CO-Präsident der
Jungsozialist*innen Kt. Solothurn



UNSERE ZUKUNFT STATT IHRE PROFITE!

Die Klimakrise zeigt sich aktuell von der miesen Seite. Halb Europas Wälder brennen, Gewässer trocknen aus und Hitzesommer fordern auch dieses Jahr wieder tausende Tote. Das schlimmste: es ist keine Besserung prognostiziert.

Auch hierzulande zeigen sich die Symptome der Krise deutlich: von monatelangen Feuerverboten aufgrund der Trockenheit bis zum fortschreitenden Aussterben der Rottanne am Jurasüdhang ist alles mit dabei.

Während global Symptome zwangsläufig bekämpft werden müssen, schaffen wir es jedoch nicht mal, eine anständige Diskussion über das grundlegende Problem zu führen. Bürgerlich leugnet die Krise, versucht die Menschen mit einer kommenden Innovation zu beruhigen, wenn wir denn genügend Geld investieren, reden von Anreizen, von welchen wiederum wohlha-

bende Menschen profitieren und schreien ein weiteres Mal «Eigenverantwortung», ohne auch nur einen einzigen Gedanken daran zu verlieren, dass ihr System am Scheitern ist.

Dieser Diskurs wollen und können wir so nicht annehmen.

Deshalb haben die Jungsozialist*innen Schweiz am 17. August auf nationaler Ebene die «Initiative für eine Zukunft» lanciert.

Diese fordert Nachlass zu 50% zu besteuern, sofern dieser einen einmaligen Freibetrag von 50 Millionen überschreitet.

Das würde in der Schweiz etwa 2000 Menschen betreffen. Von den Mehreinnahmen sollen die Folgen der Klimakrise bekämpft werden. So erreichen wir, dass das Ganze sozial verträglich geschieht und jene Menschen zur Kasse gebeten werden, die übermässig von diesem System profitierten, die unseren Planeten

zerstören und stetig die Mittel gegen oben verteilen.

Wenn heute die sozialistische Revolution nicht startet, dann müssen wenigstens die Reichen für ihre Probleme zur Kasse gebeten werden.

Andri Meyer, CO-Präsident der Jungsozialist*innen Kt. Solothurn

**Hilf auch
Du mit und
versprich uns
Unterschriften!**



THEMA

Siedlungsprojekt WeitWohnen in Solothurn von Bernard Stofer/Präsident WeitWohnen

Die Genossenschaft WeitWohnen wurde 2013 mit dem Ziel gegründet, im Weitblick eine zukunftsweisende, nachhaltige Siedlung zu realisieren. Heute sind wir zu einer Organisation mit 37 Genossenschafter:innen angewachsen, zudem werden über 60 Interessierte mit Informationen beliefert.

Vision / Grundidee

Unser Projekt will Jung und Alt, Einzelpersonen, Familien und Gruppen ein attraktives Zuhause in einer nachhaltigen, generationengemischten Siedlung anbieten. Wir wollen Menschen unterschiedlicher Herkunft mit Interesse an gemeinschaftlichem Leben zusammenbringen und ihnen Wohnungen, Gemeinschaftsräume und Arbeitsplätze anbieten.

Unser autofreies Konzept orientiert sich am Modell der 2000-Watt-Gesellschaft. Wir wollen einen sorgsamem Umgang mit unseren Ressourcen im Sinne der Kreislaufwirtschaft pflegen: Was wenig bringt und die Kosten verteuert, wird weggelassen. Durch die Reduktion auf das Wesentliche wird der Blick frei für Werte, die in unserer gewinnorientierten Zeit immer stärker in den Hintergrund gerückt sind: Soziale Geborgenheit, Solidarität, Mitwirkung.

Wohnen und Arbeiten

Wir wollen unterschiedliche Wohnungstypen für unterschiedlichen Bedürfnisse realisieren, dabei soll eine langfristige Flexibilität gewährleistet bleiben. Die Wohnflächen werden bewusst

bescheiden gehalten, wir legen aber grossen Wert auf eine optimale Nutzbarkeit und Möblierbarkeit. Zudem steht eine Vielfalt an gemeinschaftlich genutzten Räumen zur Verfügung, dazu auch Jokerräume, welche zu den Wohnungen oder separat vermietet werden.

Der Grundausbau wird einfach und weitgehend standardisiert sein, alle Wohnungen werden hohe Anforderungen an die Hindernisfreiheit erfüllen.

Der Aussenraum wird vielfältige Nutzungen ermöglichen: gärtnern, spielen, sich erholen, sich begegnen, Natur erleben. Er ist wichtig für die klimagerechte Gestaltung und soll zudem Raum für künftige Entwicklungen offenlassen.

In den Erdgeschossen sind, je nach Bedarf, Dienstleistungen und mit dem Wohnen verträgliches Gewerbe wie Büro, Co-Working Space, Kita, Coiffeur, Spitex, etc. vorgesehen.

Stand der Vorbereitung

Wir sind in den Startlöchern! Die Planungsgrundlagen für unser Projekt sind erarbeitet (siehe auch weitwohnen.ch). Gegenwärtig feilen wir noch an der Finanzierung und verschiedenen Detailfragen und bereiten uns auf die Bewerbung vor.

Der genossenschaftliche Wohnungsbau

Als Ergänzung zum freien Wohnungsmarkt braucht es gemeinnützigen Wohnbauträger, insbesondere auch Wohnbaugenossenschaften. Durch Verzicht auf spekulative Gewinne und übersetzte Preise sowie durch nachhaltige Bewirtschaftung

ihres Bestandes leisten sie einen unerlässlichen Beitrag zur Wohnraumversorgung der Schweiz. Ihre Leistungen entlasten das Gemeinwesen in finanzieller und sozialer Hinsicht und tragen zum sozialen Frieden bei. Darum muss ihr Anteil an Wohnraum erhalten und weiterentwickelt werden (Charta der gemeinnützigen Wohnbauträger).

Die Wohnungen der gemeinnützigen Wohnbauträger machen knapp 5 % des schweizerischen Wohnungsbestandes aus, im Kanton Solothurn sogar bloss 1.7 %. Auch die Stadt Solothurn hat einen grossen Nachholbedarf. Mit der Vergabe der Baufelder im Weitblick gibt es jetzt die einmalige Gelegenheit, einen ersten Schritt zu tun, um dieses Manko auszugleichen.

Das Baufeld 3 im Weitblick ist für gemeinnützige Wohnbauträger vorgesehen. Damit diese dort bauen können, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Verkaufspreis (resp. Baurechtszinsen) und Fälligkeiten der Zahlungen müssen so gestaltet sein, dass sie für eine Wohnbaugenossenschaft tragbar sind. Die Vergabekriterien sind zudem so zu gestalten, dass auch eine neue Baugenossenschaft wie WeitWohnen eine reelle Chance erhält.

«Baugenossenschaften sind für Gemeinden optimale Partner, denn sie vertreten dieselben Werte und Ziele: nicht die kurzfristige Gewinnmaximierung, sondern das langfristige Gemeinwohl.» (Kurt Fluri in „Der dritte Weg im Wohnungsbau“ 2013)

SP BILDUNG

die Genossenschaft von Pierric Gärtner

Der Begriff der Genossenschaft konnte im Mittelalter sowohl eine Vergesellschaftungs- und Herrschaftsnorm bezeichnen als auch eine wirtschaftliche Organisationsform der Selbsthilfe. Heutzutage wird damit aber die zweite Form gemeint. Dabei sind verschiedene Typen zu unterscheiden wie Produktionsgenossenschaften, Konsumgenossenschaften (Konsumvereine), landwirtschaftliche Genossenschaften, Wohnbaugenossenschaften (Wohnungsbau), Kredit- und Spargenossenschaften (Raiffeisenkassen, Spar- und Leihkassen), Nutzungsgenossenschaften, Verwertungs- und Absatzgenossenschaften und schliesslich allgemeine Genossenschaften öffentlichen Rechts.

Der Begriff Genossenschaftsbewegung umfasst alle genossenschaftlichen Bestrebungen, die jedoch weder eine einheitliche Struktur noch eine gemeinsame Zielsetzung aufweisen müssen.

Grosse volkswirtschaftliche Bedeutung erlangten insbesondere die Konsumgenossenschaften. Ihr Aufstieg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beruhte nicht zuletzt auf der geringeren Versorgungs- und Preiseffizienz der lokalen Detaillisten auf dem freien Markt.

Ende des 19. Jahrhunderts setzte die Blütezeit des Genossenschaftswesens ein. Die Zahl der Genossenschaften stieg massiv an (1883 373; 1890 1551; 1910 7113); ab dem Ersten Weltkrieg wuchs sie



Foto: Gerd Müller

noch schwach von ungefähr 11'000 auf etwas über 12'000 (1957). Bei knapp der Hälfte handelte es sich um landwirtschaftliche Genossenschaften. Die Genossenschaftsbewegung verbreitete sich nach 1900 auch in neuen Dienstleistungsbereichen (Elektrizitätswirtschaft, Wasserversorgung, Genossenschaftliche Zentralbank). Zur gleichen Zeit entstanden die ersten Raiffeisenkassen mit Schwerpunkt im Spar- und Hypothekergeschäft. Bau- und Wohngenossenschaften vermehrten sich vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg. Im 20. Jahrhundert erfuhr die Genossenschaftsbewegung die nachhaltigste Ausdehnung durch die 1941 erfolgte Umwandlung der Migros in eine Genossenschaft durch Gottlieb Duttweiler. Ausschlaggebend war dabei nicht der Aspekt der Selbsthilfe, wohl aber die Orientierung

am Interesse der Konsumenten und am „sozialen Kapital“ sowie die Nutzung von Steuervorteilen. Diese Entwicklung zeichnete sich auch bei den traditionellen Konsumgenossenschaften ab.

Als politisches Konzept, das die Umwandlung der kapitalistischen in eine gemeinwirtschaftlich organisierte Gesellschaft bezweckte, erlangte die Genossenschaftsbewegung nie einen starken Einfluss, obwohl die Arbeiterbewegung das Dreisäulenmodell von „Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften“ aufnahm. So hatten die Gewerkschaften durchaus einen gewissen Einfluss auf die Konsumgenossenschaften und unterstützten die Bildung von Produktionsgenossenschaften. Die Sozialdemokratische Partei (SP) nahm die Förderung der Genossenschaften von Anfang an ins Programm auf.

2002 waren in der Schweiz 12'975 Genossenschaften eingetragen. Die Genossenschaft wurde mehrheitlich zu einer blossen Rechtsform, deren Wahl nur selten gesellschaftspolitischen Präferenzen entspringt.

Aus dem SP-Parteiprogramm 2010:

«Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben eine visionäre Tradition. Die

Vision heisst demokratischer Sozialismus. Dieser beruht auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, achtet die Würde des Menschen und befreit ihn von Ausbeutung, Unterdrückung und Not. Um diese Werte zu verwirklichen, brauchen wir einen Plan. Dieser Plan ist die Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche unserer Gesellschaft.»

ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNGEN

Nein zu den AHV-Vorlagen

Mehr Arbeit, weniger Rente: Mit der AHV-Vorlage sollen Frauen mehr in die AHV-Kasse einbezahlen, indem sie ein Jahr länger arbeiten und so weniger Rente beziehen. In den nächsten zehn Jahren werden den Frauen die Renten dadurch um insgesamt 7 Milliarden Franken gekürzt. Das bedeutet für jede Frau rund 26'000 Franken Renten-

verlust.

Und das ist nur der erste Schritt. Die Pläne für Rentenalter 67 für alle liegen auf dem Tisch. Gleichzeitig wird mit der AHV-Vorlage auch die Mehrwertsteuer erhöht - und zwar in einer wirtschaftlichen Situation, in der die Kaufkraft der Menschen bereits stark unter Druck ist.

Deshalb 2x Nein zu den AHV-Vorlagen

HINWEIS

Mandatsträger gesucht

Immer wieder kommt es zu Änderungen bei dem Mandatsträger, sei es altershalber, beruflich oder wegen der Wohnsituation. Deshalb suchen wir:

Ersatzmitglied für die Altstadtkommission

Ersatzmitglied Finanzkommission

Nein zur Verrechnungssteuer-Vorlage

Mit der geplanten Abschaffung der Verrechnungssteuer auf inländischen Obligationen erhalten einige wenige Grosskonzerne neue Sonderrechte. Sie werden begünstigt, wenn sie Geld am Kapitalmarkt besorgen. Gleichzeitig fördert die Abschaffung die Steuerkriminalität von Grossanlegern und Oligarchen. Das führt insgesamt zu Steuerausfällen von jährlich bis zu 800 Millionen Franken. Der Bund schätzt, dass davon rund 500 Millionen ins Ausland abfliessen. Am Schluss muss die Bevölkerung einmal mehr für die Kosten aufkommen.

Darum sagen wir Nein:

- Nur 200 Konzerne profitieren.

Mit der Abschaffung der Verrechnungssteuer wird die Kapitalbeschaffung von rund 200 Konzernen, deren Finanzierungsgesellschaften und von Banken privilegiert.

- Die Abschaffung fördert die Steuerkriminalität.

Während die Verrechnungssteuer für die Sparkonti der Bevölkerung bestehen bleibt,



26'000 Franken weniger Rente?

AHV-Abbau

2x NEIN

Mehr bezahlen, weniger Rente

soll sie für Obligationen-Grossanleger, dubiose Vermögensverwalter und Oligarchen abgeschafft werden. Damit entfällt für sie der Anreiz, bei den Steuern nicht zu betrügen. Denn wer die entsprechenden Zinseinnahmen korrekt deklariert, kann die Verrechnungssteuer zurückfordern

- Die Steuerausfälle werden kleingeredet.

Das Finanzdepartement von Ueli Maurer geht von jährlich um die 200 Millionen Steuerausfällen aus. Bei einem normalen Zinssatz steigen diese jährlichen Ausfälle aber auf 600 bis 800 Millionen Franken.

- Ein Grossteil fliesst ins Ausland ab.

Die Befürworter:innen behaupten, dass die Vorlage der Schweizer Wirtschaft helfe. Fakt ist: 500 Millionen Franken fliessen direkt ins Ausland ab – und zwar in die Taschen von Grossanlegern, Oligarchen und Steuerkriminellen. Bezahlen muss die Schweizer Bevölkerung.

- Das passt in den grossen Plan: Am Schluss sollen nur noch Lohn, Rente und Konsum besteuert werden.

Ein Strategiepapier aus dem

Eidgenössischen Finanzdepartement von Bundesrat Maurer zeigt: Economiesuisse und Co. wollen mit immer neuen Vorlagen erreichen, dass die Finanzindustrie und deren Profiteure sowie Konzerne immer wie weniger Steuern bezahlen müssen. Stattdessen sollen nur noch Lohn, Rente und Konsum besteuert werden.

Ja zur Massentierhaltungs-Initiative

Die industrielle Tierproduktion nimmt auch in der Schweiz laufend zu. Tiere in der Landwirtschaft wie Kühe, Hühner oder Schweine sind bis heute ungenügend geschützt. Trotz ihrer Leidensfähigkeit werden sie zum Produkt herabgewürdigt, als Ware gemästet und in grossen Beständen auf kleinem Raum gehalten. Hochleistungszucht, Produktivitätssteigerung und der Trend zu Massentierhaltung sind keine zukunftsgerichteten Lösungen, im Gegenteil:

- Sie verursachen massives Leid und Gesundheitsprobleme für die Tiere und gefährden die Nachhaltigkeitsziele der Schweiz.

- Die industrielle Tierproduktion führt zu einem erhöhten Einsatz von Medikamenten und damit zu einer zunehmenden Antibiotikaresistenz.

- Die Massentierhaltung fördert das Risiko weiterer Pandemien, und die durch massive Futtermittelimporte vergrösserten Tierbestände belasten mit Stickstoff die Gewässer und weitere empfindliche Ökosysteme.



Termine

Donnerstag, 20.10.2022,
Kantonaler Parteitag

Dienstag, 25.10.2022,
Gemeinderat

Freitag, 28.10.2022, linker Stammtisch

Samstag bis Sonntag, 29./30.10.2022,
Parteitag SP Schweiz

Dienstag, 02.11.2022,
Kennenlernbier für Neumitglieder

Samstag, 12.11.2022,
Standaktion

Dienstag, 15.11.2022,
Gemeinderat

Mittwoch, 16.11.2022,
Parteiversammlung



**25.
SEPT.**

**INITIATIVE
GEGEN MASSEN-
TIERHALTUNG**

Impressum «transparent»

Erscheint mindestens vierteljährlich als Mitgliederzeitung

Auflage: 260

Herausgeberin: SP Stadt Solothurn

Gestaltung: Annina Helmy

Redaktion: Geschäftsleitung SP Stadt Solothurn

Kontakt zur SP: info@spstadtso.ch

Online: www.spstadtso.ch